



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

43. Sitzung (öffentlich)

18. Januar 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:50 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1	Gutachterliche Untersuchung „Evaluation des Denkmalschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen“	11
	Gespräch mit Jörg Beste (Synergon) Prof. Dr. Janbernd Oebbecke (Münster)	
	Vorlage 17/1044	

**2 Landesregierung muss Verantwortung für Geduldete übernehmen
und die Kommunen dauerhaft finanziell entlasten 41**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2550

Ausschussprotokoll 17/463

Der Ausschuss lehnt Ziffer 1 des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD ab.

Der Ausschuss lehnt Ziffer 2 des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss lehnt Ziffer 3 des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Sodann lehnt der Ausschuss den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

**3 Praxiserfahrung von Feuerwehrangehörigen stärken – dezentrale
Übungsgelände bereitstellen 46**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2398

Ausschussprotokoll 17/429

Der Ausschuss nimmt den Antrag einstimmig an.

**4 Aktuelle Viertelstunde:
Reform der Grundsteuer 47**

Bericht der Landesregierung

- 5 Gesetz für einen qualitativen Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz 52**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3773
- Ausschussprotokoll 17/476
- Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf anzunehmen.
- 6 Kein Kahlschlag beim landesrechtlichen Mieterschutz: die Kappungsgrenzenverordnung muss verlängert werden 53**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4454
- Der Ausschuss kommt überein, das weitere Verfahren in einer Obleuterunde zu besprechen.
- 7 Gesetz für die Übergangsphase nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union des Landes Nordrhein-Westfalen (Brexitübergangsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen – BrexitÜG NRW) 54**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4351
- Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.
- 8 Nordrhein-Westfalen stellt die Weichen für die Mobilität der Zukunft 56**
- Antrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4447

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der AfD-Fraktion, den Antrag anzunehmen.

- 9 Es ist fünf nach Zwölf! Wann wird die Landesregierung endlich kurzfristig wirksame Maßnahmen gegen die drohenden Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ergreifen? – Diesel-Hardware-Nachrüstung jetzt! 59**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4458

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

- 10 Frohe Weihnacht! In der Herberge war kein Platz: Die Landesregierung muss endlich ihre sozialpolitische Verantwortung für die Wohnungsver-sorgung der Bevölkerung übernehmen 61**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4457

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss pflichtig zu beteiligen.

- 11 Landesregierung muss einen Zukunftsplan für die Ganztags-schule vorlegen 62**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4456

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.

12 Offensive für Studentisches Wohnen – NRW braucht ein Investitionsprogramm für die Studierendenwerke**63**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4453

Der Ausschuss kommt überein, sich am Gespräch des federführenden Wissenschaftsausschusses pflichtig zu beteiligen.

Der Ausschuss kommt überein, die noch ausstehenden Tagesordnungspunkte heute nicht mehr zu beraten, sondern gegebenenfalls auf eine andere Sitzung zu verschieben.

* * *

7 Gesetz für die Übergangsphase nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union des Landes Nordrhein-Westfalen (Brexitübergangsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen – BrexitÜG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4351

Stephan Haupt (FDP) berichtet von der Absprache zwischen den Fraktionen, zum Tagesordnungspunkt kein Votum abzugeben, weil der Gesetzentwurf insofern ein Austrittsabkommen voraussetze. Sollte auch der federführende Europaausschuss in seiner Sitzung am 8. Februar 2019 nicht entscheiden können, werde man den Antrag in einer weiteren Sitzung erneut aufrufen und im Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen beraten.

Stefan Kämmerling (SPD) betont, man erkenne die Zuständigkeit dieses Ausschusses in Bezug auf die Wahl und Kommunalmandate für Menschen aus Großbritannien. Allerdings gebe es aufgrund des Vorgehens des britischen Parlaments der letzten Tage keine Handlungssicherheit für Nordrhein-Westfalen. Es bestehe Einigkeit darüber, dass man den Antrag erneut im Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen auf die Tagesordnung setzen werde, sofern der Europaausschuss in seiner nächsten Sitzung nicht votiere.

Vorsitzender Hans-Willi Körfges weist auf den Umstand hin, dass der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen aus dem Verfahren herausfalle, sofern er heute ohne Votum schiebe. Gleichwohl nehme er den Wunsch auf und werde versuchen, ihn zu ermöglichen.

Johannes Remmel (GRÜNE) meint, hier zeige sich ein Problem, das er schon seit Langem zu klären versuche, zuletzt durch eine Kleine Anfrage, auf die er allerdings eine nur unbefriedigende Antwort der Landesregierung erhalten habe. Da der federführende Ausschuss dem notwendigen Gesetz beim Zustandekommen eines Übergangsabkommens in der nächsten Sitzung ohne Anhörung zustimmen wolle, müssten die mitberatenden Ausschüsse votieren.

Ungeklärt bleibe aber, welche Gesetze und Verordnungen über die Übergangsphase hinaus betroffen seien, sodass man sie möglicherweise anpassen müsse. Insofern hielte er eine Aussage der Landesregierung, dass darüber hinaus definitiv keine Gesetze und Verordnungen angepasst werden müssten, für hilfreich. Allerdings gebe die Landesregierung bislang nur eine unklare Antwort. Zwar wolle er das Verfahren keinesfalls behindern; wenn es aber in der abschließenden Sitzung des Europaausschusses zu anderen Erkenntnissen käme, müsste man möglicherweise eine weitere Beratungsrunde einfügen.

Vorsitzender Hans-Willi Körfges fasst zusammen, aufgrund der intensiven Betroffenheit dieses Ausschusses bestehe der allgemeine Wunsch, sich einzubringen. Aus formalen Gründen müsse man nun aber handeln. Er werde versuchen, das weitere Vorgehen in der Obleuterunde zu klären.

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.